Unterrichtsmaterialien

zur

Einführung in die Kommunalpolitik

Kooperationsprojekt der Stadt Freiburg

und der

Landeszentrale für politische Bildung

Baden-Württemberg, Außenstelle Freiburg

Freiburg
IM BREISGAU

lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Inhalt

1. Einführung 1

2. Hinweise zur Durchführung 2

2.1 Stunde 1 – Gemeinde und Lebenswelt 2

2.2 Stunden 2 bis 4 – Gemeinderat / Bürgermeister /Verwaltung . 3

2.3 Stunde 5 bis 6 – Bürgerbeteiligung / Bürgerinitiative 4

2.4. Stunde 7 bis (8) – Haushalt 5

2.5. Projektstunden 9 bis 10 6

3. Übersicht der Unterrichtseinheit 7

1. Einführung

Die Stadt Freiburg wird 2013/2014, wie schon 2009/2010 und 2011/2012, die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Haushaltes beteiligen. Dieser Bürgerhaushalt stellt eine wichtige Form der direkten Partizipation am politischen Entscheidungsprozess dar, deren Verwirklichung spätestens seit den schwierigen Auseinandersetzungen um „Stuttgart 21“ 2010 – 2011 von vielen Seiten eingefordert wird: Bürger sollen aktiv an der Gestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes, sowie bei Planungen und Entscheidungen, die den öffentlichen Raum betreffen, mitwirken können. Wie gerade der Konflikt in Stuttgart gezeigt hat, ist eine bedeutende Anzahl von Menschen nicht mehr bereit, Entscheidungen zur Gänze an die politischen Vertreter in Gemeinderäten und Parlamenten oder an die Experten der Verwaltung auszulagern und, abgesehen vom demokratischen Wahlprozess, ansonsten passiv zu bleiben.

Die Erprobung und Einführung verschiedener neuer Formen der Bürgerbeteiligung ist daher ein Gebot der Stunde. Von der erfolgreichen Gestaltung des Verhältnisses zwischen Bürgerinnen und Bürgern und gewählten Politikern und Amtsträgern erhofft man sich positive Impulse für die politische Kultur, wie auch die Bekämpfung von Politikmüdigkeit und Desinteresse an politischen Sachverhalten und Entwicklungen. Soll dies nachhaltig geschehen, so ist davon auszugehen, dass auch und gerade die Jugend über Möglichkeiten zur politischen Beteiligung informiert und zur Teilnahme ermutigt werden sollte. Damit dies sinnvoll geschehen kann, müssen Jugendliche an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen frühzeitig Grundlagen vermittelt bekommen, die sie befähigen, sich aktiv politisch zu beteiligen.

Als sinnvoller Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit Politik wird an den Schulen für die Sekundarstufe I die Gemeinde als direktes Lebensumfeld genutzt. Dort ist es möglich auf direktem Wege, den Zusammenhang zwischen Politik, verstanden als Gestaltung des Zusammenlebens mit allen Herausforderungen und Problemen, und dem eigenen, ganz privaten Leben und Umfeld zu erfahren. Folgerichtig ergeben sich auch hier gute Ansatzmöglichkeiten zum Kennenlernen neuer Formen von politischer Beteiligung. Kommunalpolitik gilt daher als gut zugänglich und vermittelbar, was aber

Das vorliegende Material für eine Unterrichtseinheit zur Kommunalpolitik wurde in Kooperation der Stadt Freiburg mit der Landeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Freiburg erarbeitet. Es soll eine grundlegende Einführung in kommunalpolitische Zusammenhänge bieten und Grundlagen für das Kennenlernen

und Erfahren von neuen Formen der politischen Beteiligung, auch und gerade für Jugendliche, schaffen. Interessierte Lehrerinnen und Lehrern können die Materialien dann als zusammenhängendes Ganzes, oder aber in individueller Auswahl im Unterricht verwenden.

2. Hinweise zur Durchführung

Die Unterrichtseinheit wurde für die Durchführung ab der Klasse 8 an Gymnasien und Realschulen entworfen. Die in der tabellarischen „Übersicht der Unterrichtseinheit" genannten Stundenangaben sind als Vorschläge zu sehen. Lehrerinnen bzw. Lehrer werden in der jeweiligen konkreten Situation über eine genauere Kenntnis ihrer Klasse verfügen und eine andere Einteilung vornehmen können.

Weiterhin ist die Einheit auch je nach individuellem Leistungsstand und Vorwissen der Schüler in anderen Schularten abzuändern, bzw. zu vereinfachen. Sie muss nicht komplett durchgeführt werden, sondern ist so konzipiert, dass auch einzelne Materialien unabhängig entnommen und eingesetzt werden können.

2.1 Stunde 1 – Gemeinde und Lebenswelt

Die Schüler[1] werden zu Beginn der Unterrichtseinheit zunächst zu ihren Assoziationen und Einstellungen befragt (M 1[2]). Dieser Einstieg zielt auf das Ansprechen der emotionalen Ebene, sowie der Lebenswelt der Schüler ab. In der Einstiegsstunde bzw. den Einstiegsstunden soll dieser Ansatz weiterverfolgt und diese mit den Aufgaben der Gemeinde und deren Einfluss auf unser Leben verknüpft werden soll. Dies leistet auch M 2, allerdings mit der Verknüpfung der zusätzlichen Wissensabfrage bezüglich einiger Grundinformationen zur Heimatgemeinde. Daran anschließend bietet sich die Möglichkeit, den Schülern ein grundsätzliches Bild der Gemeinden in Deutschland zu vermitteln (M 3), dass sie auf die immensen Größenunterschiede ebenso hinweist, wie außerdem zur Diskussion führen kann, inwiefern sich Leben und Lebensentwürfe in Kommunen unterschiedlicher Größe unterscheiden. Ebenso kann auf die Ideen und

---

1 Zur besseren Lesbarkeit wird im weiteren Verlauf dieser Einführung die generisch maskuline Form verwendet. Wann immer nicht anders vermerkt, sind stets beide Geschlechter gemeint.

2 Die Nummerierung der Materialien zeigt nur eine ungefähre Progression und keine strikt einzuhaltende Reihenfolge an. Selbstverständlich kann siee, je nach Sinnhaftigkeit und didaktischen Erwägungen der Lehrkraft, verändert werden.

Wünsche der Schüler bezüglich späterer Wohnorte und deren Größe eingegangen werden.

Danach bietet es sich an, zu den konkreten Aufgaben der Gemeinde vorzudringen. Mithilfe von Bildern und (entweder alternativ oder ergänzend) mittels der Geschichte von Jan (M 4 und M 5) sollen sich die Schüler vergegenwärtigen, welche Aufgaben eine Gemeinde zu erfüllen hat. M 6 strukturiert die gefundenen (und um Schülerantworten ggf. ergänzten) Aufgaben und ordnet sie in ein Raster mit der Einteilung in Pflicht-, Weisungs-, und freiwilligen Aufgaben ein. Hier bietet es sich an, zur „Umwälzung" und zusätzlichen Reflektion des Gelernten, die Schüler entscheiden zu lassen, welche der Aufgaben sie als die Wichtigsten ansehen und dies dann auch begründen zu lassen.

2.2 Stunden 2 bis 4 – Gemeinderat / Bürgermeister /Verwaltung

Nachdem die Schüler sich mit den Aufgaben der Gemeinde vertraut gemacht haben, kann der Abstraktionsgrad etwas erhöht werden. Die Zusammensetzung und Aufgaben des Gemeinderates stehen daher als nächste Punkte auf der Tagesordnung. Mithilfe von M 7 können die Schüler sich die grundlegenden Informationen erarbeiten. Diese sollten zusätzlich in einem Tafelbild oder durch eine andere Art der Ergebnissicherung festgehalten werden. Die weiterführende Aufgabe soll den Schülern ein Bild der Gemeinderäte als etwas anderer Art von Politikern vermitteln. Ihre Tätigkeit als „Feierabendpolitiker" zu thematisieren und Vor- bzw. Nachteile zu benennen soll dazu dienen.

Die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung (M 8) dient dazu, den Schüler ein plastischeres Bild der Tätigkeit eines Gemeinderates zu vermitteln. Die Einordnung in Kategorien hebt das Abstraktionsniveau in Maßen an, während die eigenen Voschläge der Schüler für Tagesordnungspunkte bzw. Themen die Tätigkeit des Rates wieder ein wenig mehr an ihre Lebenswelt zurückbinden sollen. Schließlich können die Schüler, beim Entwurf eines Wahlplakates ihre eigenen Vorstellungen bezüglich wichtiger, vom Gemeinderat zu beachtender Themen einbringen.

Ob noch in derselben oder einer Folgestunde mit der Stellung des Bürgermeisters begonnen wird, bleibt der Lehrkraft überlassen. Er sollte in jedem Fall im Anschluss an den Gemeinderat behandelt werden. Vermittels des Interviews inkl. Auszug aus der Gemeindeordnung (M 9) sollen die Aufgaben und Kompetenzbereiche des

Bürgermeisters anhand seiner Ausführungen und seines (fiktiven) Tagesablaufes abgeklärt werden. Das Vorlesen mit verteilten Rollen kann die Textarbeit an dieser Stelle methodisch etwas auflockern und außerdem auf die folgende freie Aufgabe vorbereiten. Hier sollen die Schüler überlegen, welche Eigenschaften ein guter Bürgermeister für sein Amt mitbringen muss. Denkbar wäre in Weiterführung der Aufgabe auch, einen „Steckbrief" zu erstellen, in den die gefundenen und vereinbarten Eigenschaften eingefügt werden und der dann im Klassenzimmer ausgehängt wird.

Nachdem mit Gemeinderat und Bürgermeister zwei der politischen Hauptakteure kennengelernt wurden, fehlt noch die Beschäftigung mit der Gemeindeverwaltung. Als „Herrschaft im Alltag" (Max Weber) kann sie genutzt werden, um erneut die Bindung der Unterrichtsinhalte an die Lebenswelt der Schüler zu stärken. M 10 dient dabei als reines Informationsmaterial. Anhand des konkreten Beispiels der Freiburger Stadtverwaltung und ihrer Dezernate sollen die Schüler, vermittels einer Internetrecherche in M 11, die Struktur konkreter kennenlernen. Ist eine solche Recherche in der Schule nicht möglich, so kann die bereitgestellte Strukturgrafik einer typischen Gemeindeverwaltung in M 10 eingesetzt werden. Ansonsten sollten die Lebenssituationen anhand der von den Schülern recherchierten Übersicht den jeweils relevanten Verwaltungsstellen zugeordnet werden. Die Lehrkraft kann hier natürlich noch weitere Situationen zufüttern (z.B. Eheschluss, KfZ-Anmeldung etc.) bzw. die Schüler solche finden lassen.

Als vertiefender Zusatz kann hier auch noch das Verfassungsschema der „Süddeutschen Ratsverfassung" besprochen werden (Zusatzmaterial). Hier wurden einige Begriffe entnommen, die die Schüler mithilfe des bis jetzt Gelernten entweder selbst ergänzen, oder dies zusammen mit der Lehrkraft tun können. Die entsprechenden Lösungen befinden sich direkt auf der folgenden Seite.

2.3 Stunde 5 bis 6 – Bürgerbeteiligung / Bürgerinitiative

Die Kenntnis um die „Hauptakteure" der Gemeindepolitik lässt die Frage offen, inwieweit sich der „einfache Bürger" an der Gemeindepolitik beteiligen kann. Dazu dient M 12, wo die Schüler sowohl klassische Möglichkeiten (Parteibuch) als auch direktdemokratische Verfahren, wie das Bürgerbegehren kennenlernen können. Es empfiehlt sich, diese Verfahren (und ggf. weitere) in einer Übersicht festzuhalten und sie ggf. genauer zu erläutern. Der Fragebogen M 13 soll im Anschluss daran die Bereitschaft der Jugendlichen zur politischen Beteiligung ausloten. Es darf hier kein

„Wettbewerbscharakter“ entstehen, der die Schüler dazu auffordert, möglichst viel anzukreuzen. Vielmehr soll ein möglichst realistisches Abbild der Bereitschaft zur Beteiligung entstehen.

„Politische Beteiligung“ wird hier in einem weiteren Sinne, in etwa gleichbedeutend mit der „Gestaltung des gemeinsamen Lebensraumes“ verstanden, wie dies auch mit dem lebensweltlichen Ansatz zu Beginn der Unterrichtseinheit beabsichtigt ist. In diesem Sinne sollen die Schüler bei der Auswahl und späteren Priorisierung der Beteiligungsformen an die zentrale Erkenntnis herangeführt werden, dass nicht nur „Politiker“ Politik machen, sondern dies auch in ganz gewöhnlichen Alltagshandlungen (wie etwa der Unterstützung andere Schüler) geschehen kann.

In der verbleibenden Zeit und der Folgestunden sollen nun die Schüler eine konkrete Form der Beteiligung kennenlernen. Die Auseinandersetzung zwischen zwei Bürgerinitiativen um den Bau bzw. die Verhinderung einer Umgehungsstraße (M 14 – M 16b) macht den Schülern typisch kommunale Interessenskonflikte deutlich und lässt sie Formen der politischen Mobilisierung (Infostand, Flyer etc.) erproben. Hier müssen im Voraus natürlich die geeigneten Materialien von der Lehrkraft bereitgestellt werden. In leistungsstarken Klassen kann, im Anschluss an die Beendigung des kleinen Rollenspieles, über die Bewertung von Bürgerinitiativen diskutiert werden. So ist es möglich, über die Problematik der lautstarken Artikulierung von Partikular- bzw. Minderheiteninteressen zu diskutieren, wobei natürlich gleichzeitig das positive Mobilisierungspotential und die Bedeutung der Initiativen in einer wahre „Bürgergesellschaft“ nicht unter den Tisch fallen dürfen.

2.4. Stunde 7 bis (8) – Haushalt

In der Folge der Behandlung verschiedener Beteiligungsformen, sollen die Schüler nun in die komplexere Thematik des Haushaltes eingeführt werden. M 17 dient als Einführung in die Einnahmen- und Ausgabensituation einer Gemeinde. Diese Zusammenhänge sollten als Strukturgrafik oder Tafelanschrieb in jedem Fall festgehalten werden. Im Anschluss sollten die Schüler von sich aus zunächst einmal überlegen, welche weiteren Posten zum Haushalt noch hinzukommen könnten.

M 18 gibt den Schülern dann eine Möglichkeit, ihre Größenvorstellungen anhand einer Haushaltsgrafik für Freiburg im Jahr 2007 zu überprüfen. Durch das Anstellen von Vermutungen über die Höhe bestimmter Posten, sollen sie ein Gefühl für die

finanziellen Größenordnungen bekommen. Die Vorstellungen können dann anhand von M 19 überprüft werden. Die Weiterarbeit mit der Karikatur konzentriert sich dann auf die Erkenntnis der kommunalen Finanzproblematik. Da die Schüler Ein- und Ausgabenposten nun besser kennen, können sie sich überlegen, welche Methoden denkbar wären, um die Finanzsituation zu verbessern. Bei der Diskussion bzw. Erarbeitung solcher Ideen, sollen sie verinnerlichen, dass sowohl Sparen, als auch Mehrausgaben stets Folgen haben, die zu berücksichtigen sind. Der Artikel M 20 kann ggf. als Vertiefung und Aktualisierung herangezogen werden.

2.5. Projektstunden 9 bis 10

Mit den Projektvorschlägen am Ende der Unterrichtseinheit soll der Lehrkraft eine Möglichkeit an die Hand gegeben werden, sowohl das Themenfeld „Beteiligung (Jugendlicher)“ und „Verteilung von Geld (Haushalt)“ vertieft zu behandeln.

Möglichkeit A – Jugend und Politik

Diese Methode zielt darauf ab, den normalen Lernprozess umzudrehen und dadurch die Kreatitivät anzuregen. Indem ein Thema, wie die oft beklagte Interesselosigkeit Jugendlicher an Politik, „auf den Kopf“ gestellt wird, beschäftigt man sich zuerst damit, das Gegenteil des eigentlich Gewünschten zu erreichen. Dies kann, nach erneuter Umkehr, ungewöhnliche und kreative Lösungsansätze hervorbringen.

Möglichkeit B - Haushaltsverteilung

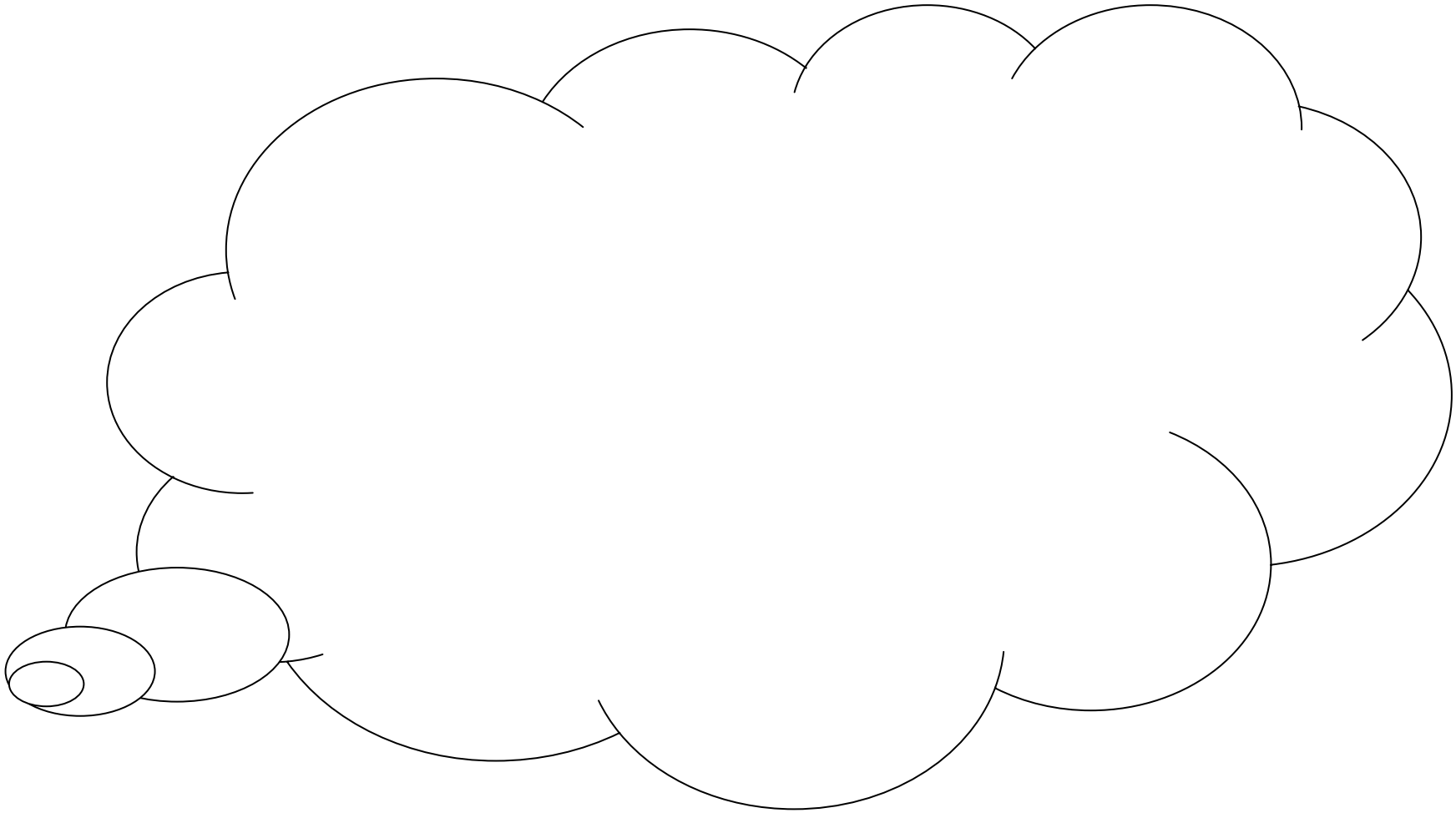
Das hier vorgeschlagene Projekt soll den Schülern verstärkt die Problematik knapper Finanzmittel und der notwendigen Diskussion um deren Verteilung deutlich machen. Durch die Auseinandersetzung mit einem bestimmten Projekt und dessen Präsentation und ggf. „Verteidigung“ sowie abschließender Abstimmung wird den Schülern die Notwendigkeit zur Kompromissfindung als Herausforderung der Demokratie nahegebracht.

3. Übersicht der Unterrichtseinheit

Stunde	Erkenntnisinteresse	Didaktische Inhalte	Methoden	Themen	Materialien
1	Wo betrifft uns die Gemeinde im Alltag?	Einstellungen der Schüler zur Gemeinde Aufgaben der Gemeinde kennenlernen, kategorisieren und auf das eigene Leben beziehen	Ideen sammeln Bild- / Textarbeit	Dienstleistungen, Alltag	M 1 - 6
2	Welche Rolle spielt der Gemeinderat?	Kompetenzen und Zusammensetzung des Gemeinderats Tagesordnung des Gemeinderates Wahlkampfplakat	Textarbeit Textarbeit Plakat erstellen	Gemeinderat.	M 7 –8
3	Was macht der Bürgermeister?	Aufgaben und Tagesablauf OB Eigenschaften eines guten OB	Textarbeit Kreativarbeit	Bürgermeister	M 9
4	Welche Aufgaben hat die Gemeindeverwaltung?	Aufgaben und Stellung der Gemeindeverwaltung	Internetrecherche	Verwaltung	M 10 -11 Zusatzmaterial
5	Wie können Bürger sich noch politisch beteiligen?	Verfahren der Bürgerbeteiligung Jugendliche und Beteiligung	Bilderarbeit Fragebogen	Bürgerbeteiligung	M 11 - 12
6	Was ist eine Bürgerinitiative?	Interessenkonflikte in der Gemeinde	Gruppenarbeit	Bürgerbeteiligung Beispiel: Bürgerinitiative	M 13 – M16b
7	Wie sieht der Haushalt einer Gemeinde aus?	Haushalt einer Gemeinde Ausgaben Freiburgs	Textarbeit Statistik	Ausgaben / Einnahmen der Gemeinde	M 17 – M 19
(8)	Wie ist die aktuelle Lage der Gemeindefinanzen?	Dilemma der Gemeindeverschuldung	Textarbeit	Verschuldung	M 20
9	Projektstunde I	Auswahl von Projektmöglichkeiten	Projekt		M 21a – M 21c
10	Projektstunde II	Auswahl von Projektmöglichkeiten	Projekt		M 21 a – M 21 c

Materialteil

1. Was bedeutet „Gemeinde“ eigentlich für euch? Notiert eure Ideen in der Denkblase!

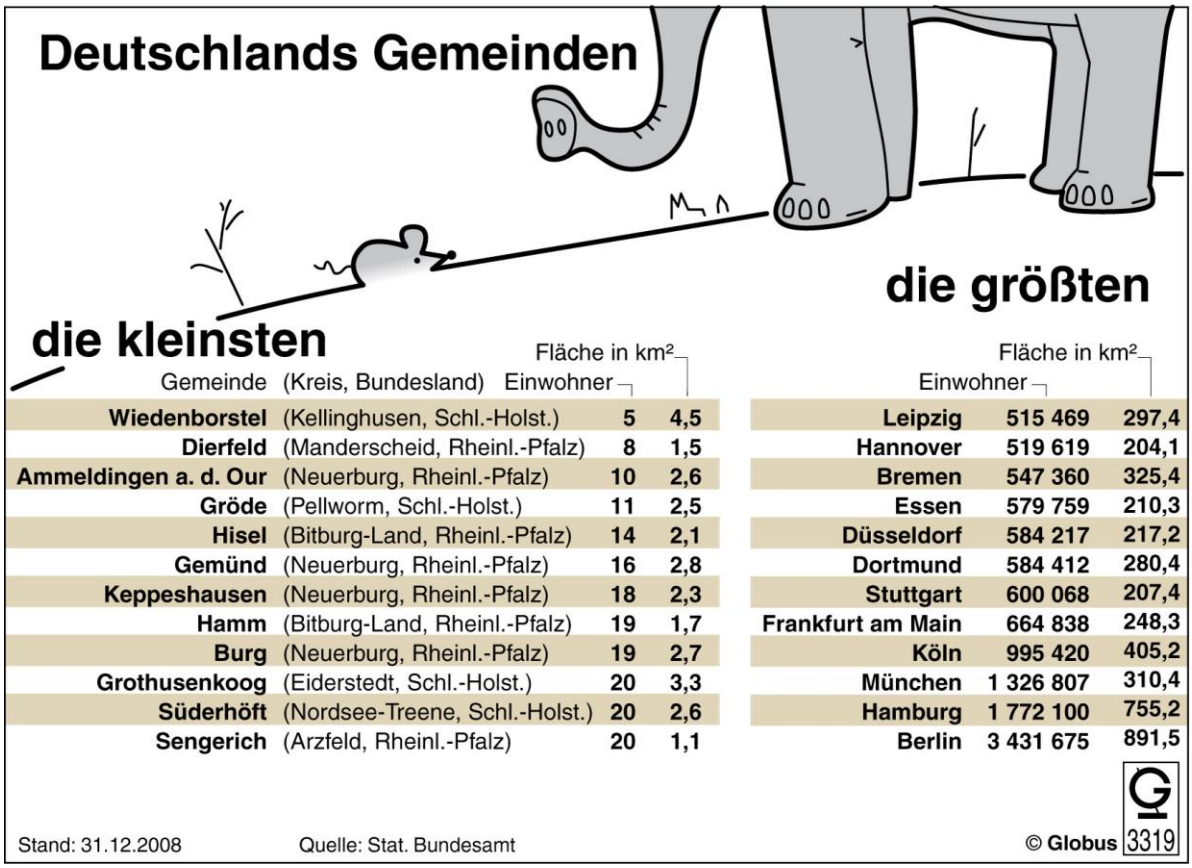


Steckbrief für deine Gemeinde

Alter der Gemeinde (in Jahren)	
Zahl der Einwohner	
Bürgermeister /-in	
Berühmt für...	
Name des Stadtteils, in dem Du wohnst...	
Gut an meiner Gemeinde finde ich...	
Nicht so gut an meiner Gemeinde finde ich...	

1. Wie gut kennt ihr eure Heimatgemeinde? Versucht, den Steckbrief auszufüllen!

Gemeinden in jeder Größe...



Gemeinde	(Kreis, Bundesland)	Einwohner	Fläche in km²
Wiedenborstel	(Kellinghusen, Schl.-Holst.)	**5**	**4,5**
Dierfeld	(Manderscheid, Rheinl.-Pfalz)	**8**	**1,5**
Ammeldingen a. d. Our	(Neuerburg, Rheinl.-Pfalz)	**10**	**2,6**
Gröde	(Pellworm, Schl.-Holst.)	**11**	**2,5**
Hisel	(Bitburg-Land, Rheinl.-Pfalz)	**14**	**2,1**
Gemünd	(Neuerburg, Rheinl.-Pfalz)	**16**	**2,8**
Keppeshausen	(Neuerburg, Rheinl.-Pfalz)	**18**	**2,3**
Hamm	(Bitburg-Land, Rheinl.-Pfalz)	**19**	**1,7**
Burg	(Neuerburg, Rheinl.-Pfalz)	**19**	**2,7**
Grothusenkoog	(Eiderstedt, Schl.-Holst.)	**20**	**3,3**
Süderhöft	(Nordsee-Treene, Schl.-Holst.)	**20**	**2,6**
Sengerich	(Arzfeld, Rheinl.-Pfalz)	**20**	**1,1**

	Einwohner	Fläche in km²
Leipzig	**515 469**	**297,4**
Hannover	**519 619**	**204,1**
Bremen	**547 360**	**325,4**
Essen	**579 759**	**210,3**
Düsseldorf	**584 217**	**217,2**
Dortmund	**584 412**	**280,4**
Stuttgart	**600 068**	**207,4**
Frankfurt am Main	**664 838**	**248,3**
Köln	**995 420**	**405,2**
München	**1 326 807**	**310,4**
Hamburg	**1 772 100**	**755,2**
Berlin	**3 431 675**	**891,5**

Quelle: www.picture-alliance.de (18.12.2012)

1. Was ist eurer Meinung nach der Unterschied zwischen dem Leben in kleinen und großen Gemeinden? Welche unterschiedlichen Probleme und Herausforderungen gibt es jeweils?

2. Würdet ihr lieber in einer großen oder einer kleineren Gemeinde leben? Begründet eure Wahl!

Gemeinde in Bildern

http://www.freiburg.de/feuerwehr/images/startseite01.jpg

http://ais.badische-zeitung.de/piece/00/f1/44/35/15811637-p-590_450.jpg

http://larsjensen.kilu.de/bilderdso/RIMG1070.JPG

http://www.hr-rose.de/fotos_deutschland/freiburg_wasserschloessle_IMG_8310.jpg

http://ais.badische-zeitung.de/piece/02/32/a6/a9/36873897-p-590_450.jpg

http://ais.badische-zeitung.de/piece/01/8a/7f/62/25853794.jpg

1. Seht euch die Bilder an und überlegt, um welche Bereiche sich die Kommunalpolitk kümmert!

!

Was hat die Gemeinde mit mir zu tun?

Um 7.00 Uhr muss Jan morgens aufstehen. Nach dem Duschen geht es runter in die Küche. Seine Eltern haben das Haus schon längst verlassen, um zur Arbeit zu gehen. Jan hat gerade noch genug Zeit den Toaster anzuwerfen, und zwei Scheiben Toast mit Marmelade herunterzuschlingen. Dann heißt es auch schon die Schulsachen packen um noch pünktlich zu ersten Stunde in die Schule zu kommen.

Auf dem Weg nach draußen sieht Jan noch den Zettel seiner Mutter an der Tür: „Stell bitte den Müll raus, bevor Du in die Schule gehst!". Genervt rennt Jan zur Haustür hinaus und biegt scharf um die Ecke, wo die große graue Mülltonne steht. Schnaufend schiebt er sie das kurze Stück bis an die Straße und rennt dann los zur Haltestelle.

Hat er auch seine Schülermonatskarte dabei? Glück gehabt, sie steckt im Geldbeutel. So muss er sich wenigstens keine Fahrkarte mehr kaufen. Der Bus braucht heute etwas länger als sonst. Viele Baustellen machen die Fahrbahnen in Jans Stadtviertel schwer passierbar. Aber hier soll der Straßenbelag erneuert werden. Gut so, denn das ständige Auf und Ab, wenn der Bus über die vielen Schlaglöcher fährt ist alles andere als bequem.

In der Schule angekommen, freut sich Jan schon auf die letzten beiden Stunden. Denn da hat er Sport und er weiß, dass heute das große Fußballspiel gegen die Parallelklasse ansteht. Zum Glück scheint das Wetter zu halten, so dass das Spiel draußen auf dem großen Schulsportplatz, der gerade erst brandneue Fußballtore spendiert bekommen hat, stattfinden kann. Das Schulhaus könnte übrigens auch mal einen neuen Anstrich vertragen…

Was er heute Nachmittag vorhat, weiß er auch schon: Erst geht's mit seinen Freunden in den Stadtpark, an den Grillplatz, der gerade wieder eröffnet wurde. Und nachdem sie alle dort ein wenig entspannt haben gehen sie vielleicht noch ins Schwimmbad – die Wasserrutsche dort ist einfach genial.

Jan runzelt die Stirn: War da nicht noch was? Ach ja, so was! Er muss ja noch seinen neuen Personalausweis auf dem Rathaus abholen! So viele Dinge, an die man denken muss…

1. Wo kommt Jan bei seinem Tagesablauf mit der Gemeinde und ihren Dienstleistungen in Berührung?

Die Aufgaben der Gemeinde – Zwischen „Muss“ und „Kann“

Gemeinden haben eine ganze Reihe verschiedener Aufgaben zu erfüllen. Man teilt sie in drei größere Gruppen ein:

Pflichtaufgaben –	Diese Aufgaben MUSS die Gemeinde auf jeden Fall erledigen.
Auftragsaufgaben	Das sind Aufgaben, die die Gemeinde im Auftrag des Bundes (also von ganz Deutschland) oder ihrem jeweiligen Bundesland (z.B. Baden-Württemberg) ausführt. Auch sie MÜSSEN erledigt werden.
Freiwillige Aufgaben	Diese Aufgaben KANN die Gemeinde erledigen, sie MUSS ABER NICHT.

1. Wohin ordnet ihr die Aufgaben, die ihr bis jetzt kennengelernt habt ein? Findet ihr noch weitere Beispiele?
2. Überlegt euch, welche der Pflicht- und welche der freiwilligen Aufgaben für euch am wichtigsten sind! Begründet eure Wahl!

Pflichtaufgaben	**Auftragsaufgaben**	**Freiwillige Aufgaben**

Was ist der Gemeinderat?

Der Gemeinderat (oder Stadtrat in Städten und größeren Orten) ist die Versammlung, die die Bürger der Gemeinde vertritt. Mitglied kann man werden, indem man sich als Gemeinderatskandidat aufstellen lässt und dann von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wird. In Baden-Württemberg finden alle 5 Jahre Gemeinderatswahlen (oder Kommunalwahlen) statt.

Die Gemeinderäte haben eine Reihe wichtiger Aufgaben. Sie kontrollieren z.B. die Gemeindeverwaltung und deren Chef, den Bürgermeister. Außerdem stellen sie den Haushaltsplan für ihre Gemeinde auf. Der Haushalt ist die Aufstellung aller Einnahmen und Ausgaben, welche die Gemeinde in einem Jahr zu verbuchen hat. Die Gemeinderäte entscheiden also mit, wofür in ihrer Stadt oder ihrem Ort überhaupt Geld ausgegeben wird. Wie viele Mitglieder so ein Gemeinderat hat, hängt von der Einwohnerzahl ab und wird nach einem festen Verhältnis festgelegt. In Freiburg gibt es 48 Ratsmitglieder.[3]

Aber wer sind diese Gemeinderäte eigentlich? Zuerst einmal ist die Arbeit als Gemeinderat ein Ehrenamt. Das heißt, dass alle Mitglieder des Gemeinderates eigentlich einen Hauptberuf haben, dem sie nachgehen, wenn sie gerade nicht in der Gemeindepolitik tätig sind. Deswegen bezeichnet man sie manchmal auch als „Feierabendpolitiker", denn obwohl sie für ihre Arbeit in der Gemeindepolitik eine kleine finanzielle Entschädigung bekommen, ist die Politik eben nicht ihr einziger Beruf. Darin unterscheiden sie sich von Mitgliedern des baden-württembergischen Landtags in Stuttgart oder des Bundestages in Berlin.

Das alles bedeutet aber nicht, dass die Arbeit im Gemeinderat nur irgendein „Nebenjob" ist. Jedes Ratsmitglied muss nicht nur viel Zeit für die Sitzungen investieren, sondern auch für die sog. Ausschüsse. Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Gemeinderäten, die sich mit einem bestimmten Themengebiet beschäftigen, z.B. mit Kultur, Sport, Verkehr, Schule usw. Im Freiburger Gemeinderat gibt es derzeit 14 verschiedene Ausschüsse. Sie sind deshalb sinnvoll, da sowohl alle Gemeinderäte als auch einzelne überfordert wären, wenn sich jeder gleichzeitig mit allen Gemeindethemen befassen müsste.

Besonders wichtig sind die Gemeinderäte natürlich auch als Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger. Zwar gehören sie häufig einer Partei oder einer Wählervereinigung an, aber sie sollen natürlich grundsätzlich im Interesse aller Einwohner entscheiden. Daher ist es für sie auch wichtig, ein offenes Ohr für die Anliegen der Einwohner zu haben und dafür zu sorgen, dass die sich jederzeit an sie wenden können. Im Übrigen: Auch der Oberbürgermeister einer Stadt ist ein stimmberechtigtes Mitglied im Gemeinderat.

1. Welche Aufgaben hat der Gemeinderat?
2. Überlegt euch, welche Vor- und Nachteile es hat, dass Gemeinderäte „Feierabendpolitiker" sind!
3. Gestaltet ein kurzes Wahlflugblatt für eure Kandidatur zum Gemeinderat eurer Stadt. Überlegt euch, was die Wähler über euch wissen wollen, welche Themen euch (und die Wähler) interessieren und wie ihr zu ihnen steht!

[3] In Gemeinden ab 150.000 aber unter 400.000 Einwohner hat der Gemeinderat 48 Mitglieder.

Wie sieht eine Gemeinderatssitzung aus?

Gemeinderat Musterstadt

Dienstag, 15. Mai 2013, 18.00 Uhr

im Neuen Ratssaal, Rathausplatz 2, 79156 Musterstadt

- öffentliche Sitzung -

Tagesordnungspunkte (TOP)

TOP 1	Erhöhung der Fahrpreise im städtischen Nahverkehr (Bus / Straßenbahn)
TOP 2	Maßnahmen zur Energieeinsparung in Gebäuden der Stadtverwaltung
TOP 3	Sanierung des städtischen Theaters und deren Kosten
TOP 4	Einführung des Ganztagesschulbetriebs an den städtischen Grundschulen
TOP 5	Mögliche Erweiterung des Gewerbegebietes Ost und deren Bewilligung
TOP 6	Neues Konzept für die städtischen Spielplätze
TOP 7	Verkauf der städtischen Wohnanlage „Steinhang“ an Privatinvestor
TOP 8	Finanzierung des städtischen Jugendzentrums
TOP 9	Bürgeranfragen

1. Seht euch die Tagesordnung des Gemeinderates an und ordnet die Tagesordnungspunkte übergeordneten Themen (z.B. Verkehr, Kultur etc.) zu.
2. Welche Themen könnt ihr euch noch vorstellen, die in Gemeinderatsitzungen diskutiert werden?
3. Welche Anfragen von Bürgern an den Gemeinderat könnt ihr euch vorstellen?

Was macht ein Bürgermeister?

Ein Interview mit einem baden-württembergischen Oberbürgermeister…

Frage: Wie wird man eigentlich Oberbürgermeister?

Antwort: Na, indem man gewählt wird. Das ist also erst einmal genauso, wie bei den Gemeinderäten auch. Erst einmal muss man in den Wahlkampf und versuchen, die Leute mit seinen Argumenten zu überzeugen! Allerdings ist ein Oberbürgermeister in Baden - Württemberg immerhin ganze 8 Jahre im Amt.

Frage: Wie sieht ein typischer Arbeitstag bei Ihnen aus?

Antwort: Also da kommt schon einiges zusammen. Wenn ich um 7 Uhr im Büro ankomme, dann sehe ich erst einmal meine Post durch und beantworte sie und meine Mails dann gleich. Ab 8 Uhr oder etwas später habe ich dann die ersten Besprechungen mit meinen Stellvertretern, den Amtsleitern…

Frage: Sie haben sogar Stellvertreter?

Antwort: Genau. Das sind bei uns in der Gemeinde sogar ganze vier und die heißen auch Bürgermeister. Jeder von ihnen ist Chef von einigen bestimmten Ämtern, z.B. dem Amt für Schule und Bildung und dem Amt für Kinder und Jugend und noch einigen, die man zu einem „Dezernat" zusammenfasst. Und so ein Dezernat wird dann von einem Bürgermeister geleitet.

Frage: Und sie sind deren Chef, oder?

Antwort: Ja, genau – ich bin der Oberbürgermeister und damit Chef der ganzen Stadtverwaltung. Nachdem ich mich mit meinen Amtsleitern besprochen habe, geht es für den Vormittag meistens zu Terminen außerhalb des Rathauses. Gestern zum Beispiel war ich zuerst zu einer Besprechung bei den Stadtwerken und habe im Anschluss noch einen Pressetermin zur Wiedereröffnung der Stadtbibliothek gehabt. Und gleich danach ging es weiter zum Jubiläumsfest der Feuerwehr, bei der ich ein kurzes Grußwort gesprochen habe. Dann esse ich erst einmal was.

Frage: Kann man sagen, dass Sie häufig unterwegs sind?

Antwort: Das kann man schon sagen, denn es gehört ja auch zu den Aufgaben des Oberbürgermeister, seine Stadt in der Öffentlichkeit zu vertreten. Aber ich denke natürlich auch an die Mitbürger und ihre Anliegen. Für die gibt's bei mir eine Bürgersprechstunde, in der sie ihre Anliegen äußern können. Und wenn mich mal jemand beim Einkaufsbummel ansprechen möchte, dann finde ich das auch in Ordnung. Ein Bürgermeister ist eben immer im Dienst. Na ja, fast immer…

Frage: Haben sie eigentlich auch was mit dem Gemeinderat zu tun?

Antwort: Aber sicher! Ich bin ja schließlich der Vorsitzende des Gemeinderates und als einziger der Bürgermeister auch stimmberechtigt. Die Sitzungen des Rates finden fast immer abends statt und können sich manchmal ganz schön lange hinziehen. Als Vorsitzender habe ich eine sehr wichtige Rolle und viele Themen und Gesprächsvorlagen werden von mir bzw. meinen Amtsleitern, also den anderen Bürgermeistern, in den Gemeinderat eingebracht.

Alles in allem hat mein Arbeitstag zwischen 12 und 14 Stunden. Und für mich sind auch Samstage und Sonntage Arbeitstage – und das gar nicht so selten!

Auszug aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg

§ 42
Rechtsstellung des Bürgermeisters

(1) Der Bürgermeister ist Vorsitzender des Gemeinderats und Leiter der Gemeindeverwaltung. Er vertritt die Gemeinde.

(2) In Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern ist der Bürgermeister Ehrenbeamter auf Zeit. […] In den übrigen Gemeinden ist der Bürgermeister hauptamtlicher Beamter auf Zeit.

(3) Die Amtszeit des Bürgermeisters beträgt acht Jahre. […]

§ 43
Stellung im Gemeinderat

(1) Der Bürgermeister bereitet die Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse vor und vollzieht die Beschlüsse.

(2) Der Bürgermeister muss Beschlüssen des Gemeinderats widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie gesetzwidrig sind; er kann widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für die Gemeinde nachteilig sind.

1. Lest das Interview (z.B. mit verteilten Rollen) und findet heraus, welche Aufgaben ein Bürgermeister hat und wie sein Tagesablauf aussieht. Nutzt auch den Auszug aus der Gemeindeordnung!

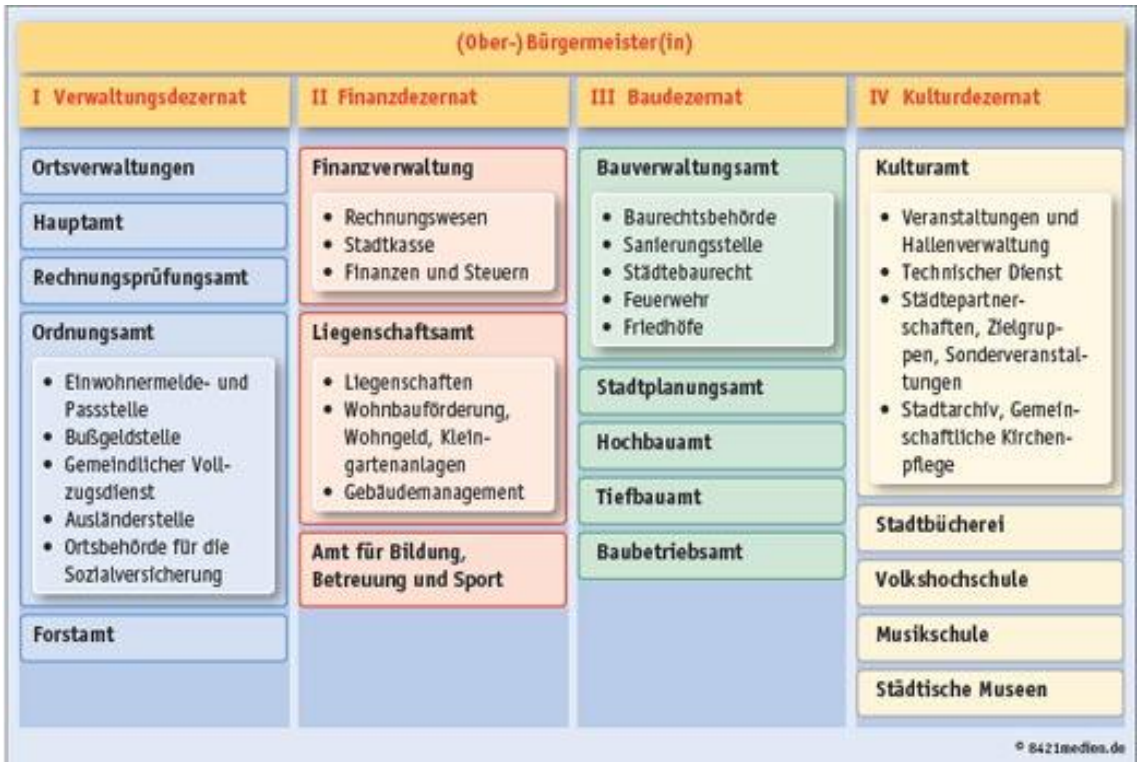
2. Welche Eigenschaften und Fähigkeiten muss ein guter Bürgermeister eurer Meinung nach besitzen? Macht eine Liste und diskutiert sie innerhalb eurer Klasse!

Wofür ist die Gemeindeverwaltung da?

In der Gemeinde spielen Bürgermeister und Gemeinderat zusammen erst einmal die wichtigste Rolle, da sie eine ganze Menge Entscheidungen treffen, die jeden Einwohner alltäglich betreffen. Allerdings reicht es natürlich nicht, einfach nur etwas zu beschließen. Mindestens genauso wichtig ist es dafür zu sorgen, dass die Beschlüsse auch verwirklicht und all die Aufgaben der Gemeinde auch tatsächlich erfüllt werden. Genau darum kümmert sich die Gemeindeverwaltung. Ob es um die Genehmigung eines neuen Zebrastreifens, die finanzielle Förderung der Stadtbücherei, die Verteilung von Strafzetteln für Falschparker oder die Ausstellung eines Reisepasses ist: Die Frauen und Männer in der Gemeindeverwaltung sind dafür zuständig.

Organisiert sind sie meistens in Ämtern, z.B. dem Kulturamt. Ein solches Amt wird oft mit anderen Dienststellen der Gemeinde, die sich um ähnliche Themen kümmern, zu einem sog. Dezernat zusammengeschlossen. In der folgenden Grafik könnt ihr ein Beispiel für diese Organisation in Ämter, andere Stellen und Dezernate sehen. Der Chef der gesamten Verwaltung ist natürlich der Oberbürgermeister. Weil er und die Gemeindeverwaltung deshalb ein sehr enges Verhältnis haben und die Verwaltungsmitarbeiter (anders als die Gemeinderäte) hauptberuflich für die Gemeinde arbeiten, kommen viele Diskussions- und Themenvorschläge für den Gemeinderat vom Oberbürgermeister und seinen Verwaltungsmitarbeitern.

Grafik: So sieht der Aufbau einer Gemeindeverwaltung aus



Quelle: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). Politik und Unterricht aktuell. Stuttgart 2009. S. 4.

Möglichkeit A

In Freiburg gibt es fünf Dezernate der Stadtverwaltung. Nutzt die Internetseite der Stadt Freiburg (**http://www.freiburg.de/pb/,Lde/205848.html**) für die folgenden Aufträge:

a) Findet heraus, wie der jeweilige Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin jedes Dezernates heißt. Nennt dann für jedes Dezernat min. zwei Ämter oder Dienststellen, die zu ihm gehören.
b) Tragt die gefundenen Informationen in die untenstehende Grafik ein.

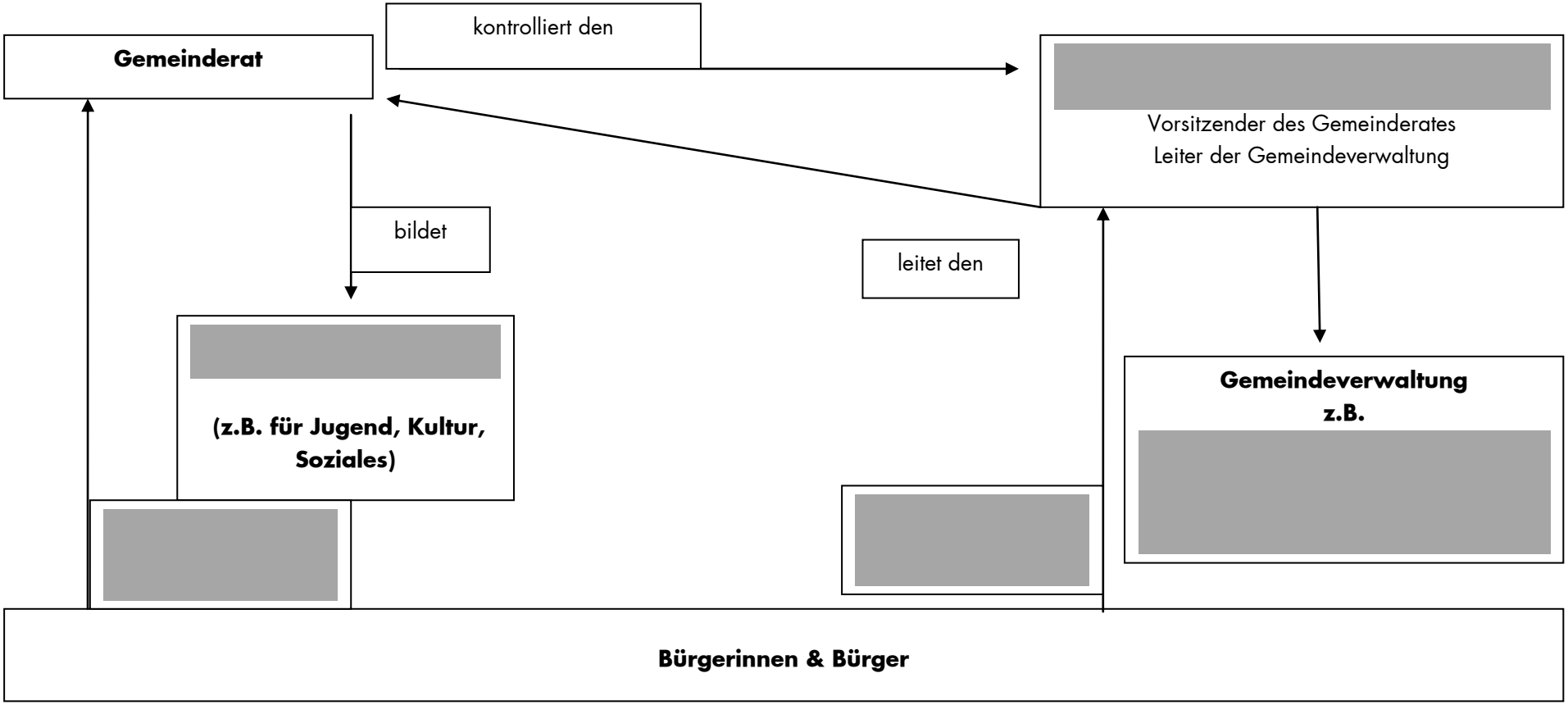
	Dezernat I	**Dezernat II**	**Dezernat IIII**	**Dezernat IV**	**Dezernat V**
Wie heißt der Bürgermeister / die Bürgermeisterin?					
Welche Ämter gehören zu diesem Dezernat? **(min. 2 Beispiele)**					

Möglichkeit B (auch ohne Bearbeitung von A möglich)

Überlegt euch für die folgenden Situationen, an welche Verwaltungsstelle sich die Bürgerinnen bzw. Bürger wenden müssen. Benutzt dazu entweder die erstellte Übersicht aus Möglichkeit A oder die Grafik „So sieht der Aufbau einer Gemeindeverwaltung aus". Findet ihr noch weitere Situationen, in denen man mit der Gemeindeverwaltung zu tun hat?

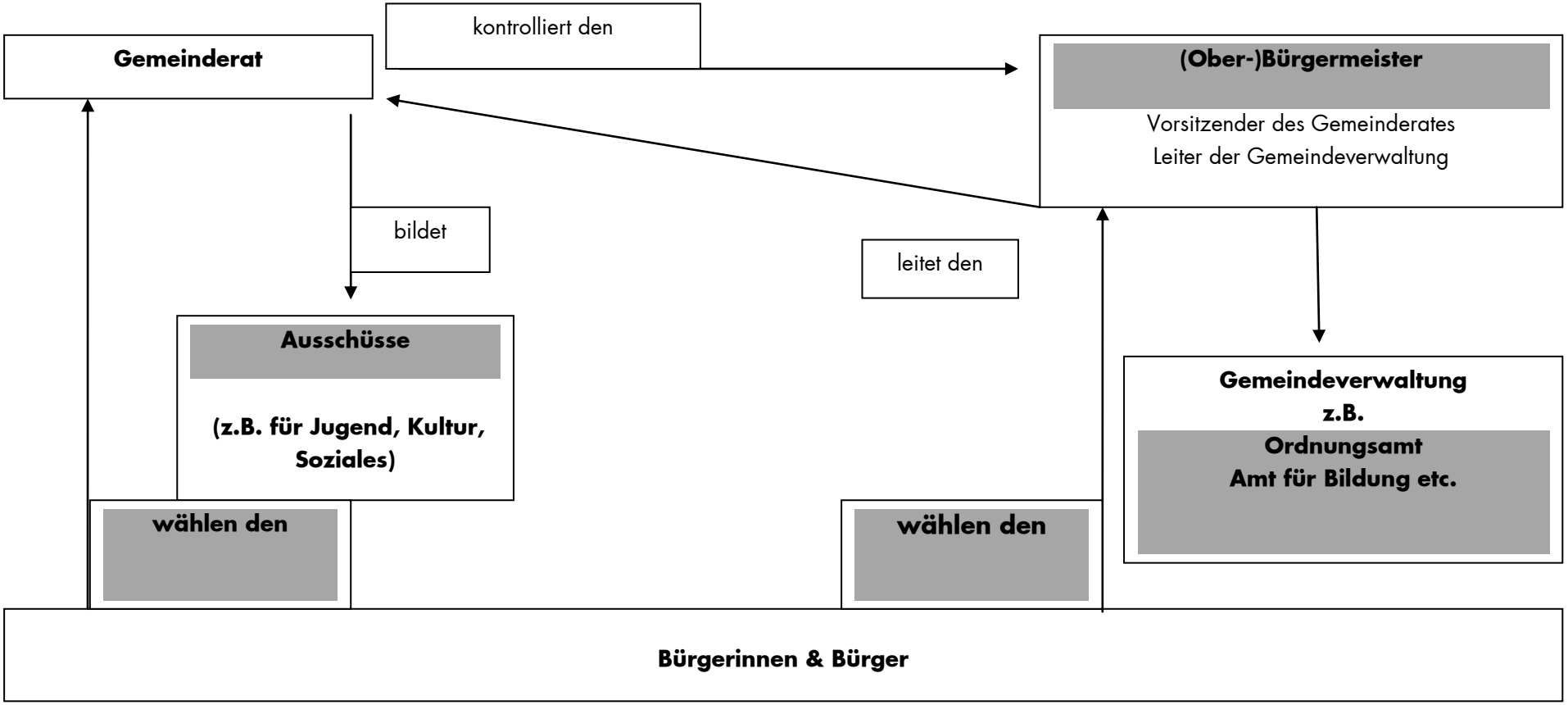
a) Frau Meierhof ist gerade erst umgezogen und muss sich nun neu anmelden.
b) Karsten und seine Band würden gerne am Samstag in der Fußgängerzone ein kleines Konzert geben.
c) Paul und Ina haben gerade ein Grundstück gekauft und wollen nun ein Haus bauen.

Die Süddeutsche Ratsverfassung



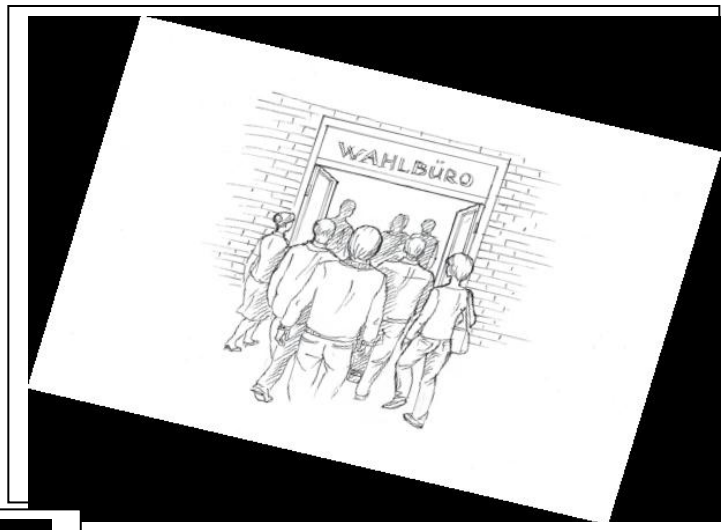
Hier seht ihr eine Grafik, die die „Süddeutsche Ratsverfassung" zeigt. Sie regelt, wer in der Gemeinde was tut, wer wen wählt etc. Das heißt, sie zeigt, wo die politische Macht liegt! Könnt ihr die fehlenden Informationen (graue Felder) vervollständigen? Achtet auf die Pfeile und ihre Richtung!

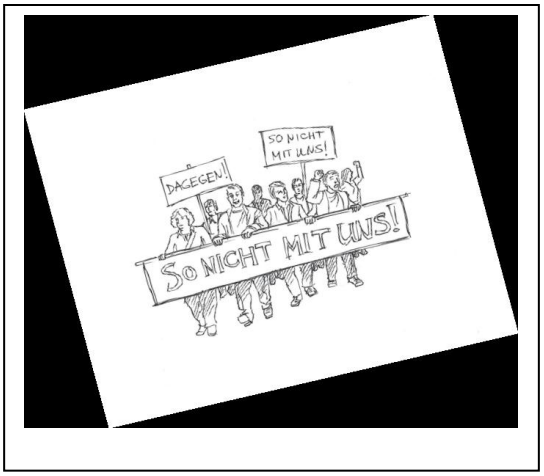
Die Süddeutsche Ratsverfassung – (Lösung)



Hier seht ihr eine Grafik, die die „Süddeutsche Ratsverfassung" zeigt. Sie regelt, wer in der Gemeinde was tut, wer wen wählt etc. Das heißt, sie zeigt, wo die politische Macht liegt! Könnt ihr die fehlenden Informationen vervollständigen? Achtet auf die Pfeile und ihre Richtung!

Sind Bürger nur Zuschauer?





Quelle:
mach's klar. „Bürgerbeteiligung" 3/2011. S. LpB Baden-Württemberg.

1. Welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zeigen die Bilder?

Würden Sie sich beteiligen?!

1. Überlegt euch, an welchen Formen der politischen Beteiligung ihr selbst am ehesten mitzuwirken bereit wärt.

2. Stellt dann eine Reihenfolge auf, wobei Nr. 1 die für euch jeweils wichtigste Form der Beteiligung darstellt. Vergleicht sie mit einem Partner bzw. mit allen anderen und diskutiert die Ergebnisse.

Ich könnte mir vorstellen, mich politisch zu beteiligen, z.B. indem ich...

Form der politischen Beteiligung	Ja	Nein
… wählen gehe (sobald ich alt genug bin).		
… mich in einer Bürgerinitiative engagiere.		
… regelmäßig eine Tageszeitung lese.		
… mir die Nachrichten im Fernsehen (z.B. Tagesschau) ansehe.		
… eine Unterschriftenaktion durchführe (für bzw. gegen etwas).		
… an einer genehmigten Demonstration teilnehme.		
… der Jugendorganisation einer Partei beitrete.		
… einen Infostand zu einem Thema, dass mir wichtig ist organisiere.		
… an einer Sitzung des Gemeinderates als Zuschauer teilnehme.		
… mich in der SMV an meiner Schule engagiere / mich als SMV-Vertreter wählen lasse..		
… bei der Organisation eines Stadtteilfestes (oder einer anderen Veranstaltung in meinem Ort) mithelfe.		
… für eine Hilfsorganisation in der Fußgängerzone Geld sammle.		
… das Jugendbüro (oder ähnliche Organisation für Jugendliche) zu besuchen.		
… anderen Menschen etwas, das ich gut kann, beibringe (auch ohne oder nur gegen geringe Bezahlung).		
… einem örtlichen Sportverein beitrete und auch in dessen Organisation mithelfe.		
… Schülern bei den Hausaufgaben helfen, bzw. Nachhilfe geben.		

Was ist eine Bürgerinitiative?

Oberbürgermeister, Gemeinderat, Verwaltung – das sind die großen Mitspieler in der Gemeindepolitik. Aber fehlt da nicht noch jemand? Genau! Die Bürger – denn die schicken den Oberbürgermeister überhaupt erst ins Rathaus, wählen die Gemeinderäte. Und sie sind von allem, was die Gemeindeverwaltung tut, entweder direkt oder indirekt betroffen. Also sind eigentlich zuerst einmal alle Bürger zusammen die Gemeinde! Indem sie zu Wahlen und Abstimmungen gehen, üben sie Einfluss aus und können ihre Meinung ausdrücken.

Als Bürger kann man sich aber auch zu Wort melden, wenn gerade keine Wahl stattfindet und man findet, dass in der eigenen Gemeinde etwas nicht richtig läuft. Das geht natürlich, indem man sich z.B. an den Gemeinderat, wendet oder gleich an den Oberbürgermeister. Will man aber richtig Dampf machen und dafür sorgen, dass sich etwas ändert, greifen viele Bürger in Deutschland oft dazu, eine Bürgerinitiative zu gründen. Aber was ist das eigentlich?

Eine Bürgerinitiative ist ein Zusammenschluss von Leuten, die wollen, dass sich die Politiker mit einer bestimmten Sache beschäftigen. Für dieses Problem wollen sie von der Politik eine Lösung erreichen und dafür benötigen sie vor allem die öffentliche Aufmerksamkeit – denn erst einmal muss der Allgemeinheit bekannt gemacht werden, dass es irgendwo ein Problem gibt. Sobald das geschafft ist, werden meist auch die Politiker im Gemeinderat und im Rathaus aufmerksam. Am Schluss der Arbeit einer Bürgerinitiative kann ein Beschluss des Gemeinderates stehen, oder aber eine Abstimmung aller Bürger – das nennt man dann einen Bürgerentscheid. Um all das zu erreichen, muss sich eine Bürgerinitiative aber natürlich einiges einfallen lassen…

Beispiel: Mitglieder einer Bürgerinitiative, die eine Umgehungsstraße für ihren Ort fordern

Quelle: http://kreisanzeiger-online.de/files/2012/05/ka043023-590x357.jpg

Jetzt seid ihr dran...

Darum geht es:

In eurer Gemeinde finde einige, dass es ein Problem gibt. Und zwar den viel zu starken Verkehr durch die Innenstadt. Täglich brausen Hunderte von Autos und schwere Lastwagen durch das Zentrum eurer beschaulichen kleinen Stadt. Sollte man da nicht endlich was tun?

Auf jeden Fall! Findet zumindest ein Zusammenschluss besorgter Bürger. Sie setzen sich dafür ein, dass eine Umgehungsstraße gebaut werden soll und der Verkehr aus der Innenstadt völlig verbannt werden soll. Aber mit welchen Argumenten…?

Sicher nicht! Sagen die vielen kleinen und mittelgroßen Händler und Geschäftsinhaber der Stadt! Und auch sie gründen eine Bürgerinitiative, die den Bau der Umgehungsstraße verhindern soll. Und wie begründen sie ihren Standpunkt…?

Lauter Lärm um die Umgehung

(Musterhausener Tagblatt, 13. Dezember 2014)

LKW in Ortsdurchfahrt

„Manchmal kann ich nachts gar nicht richtig einschlafen", sagt Ruth Schneider. Die 54-jährige ist richtig sauer. Und irgendwie kann man die Frau verstehen. Während wir mit ihr zum Gespräch in ihrer Wohnung an der Hauptstraße sitzen, fährt draußen alle paar Minuten ein großer LKW vorbei. „Da wackelt mir ja die ganze Wohnung!", entrüstet sich Frau Schneider. „Und die Abgase sind auch total schädlich!" Und die starke Zunahme des LKW-Verkehrs auf der Bundesstraße, die durch ihre Heimatgemeinde führt, ist nicht nur für Ruth Schneider ein Problem.
Zusammen mit 10 Mitstreitern hat sie kürzlich eine Bürgerinitiative gegründet, die sich dafür einsetzen will, dass ihr Heimatort endlich eine Ortsumgehung bekommt, so dass Autos und LKWs komplett aus dem Innenstadtbereich verbannt werden und dort eine Fußgängerzone eingerichtet wird. Man hat sich zusammengesetzt, diskutiert und ist sich einig: Die Öffentlichkeit muss über das Anliegen informiert werden – denn ohne öffentlichen Druck erreicht man im Gemeinderat und im Rathaus sicher nichts! Der Oberbürgermeister, der Gemeinderat und die Stadtverwaltung haben schon abgeblockt: Viel zu teuer und außerdem schödlich für die Geschäfte in der Innenstadt, die man dann nicht mehr mit dem Auto erreichen könne, sei die Umgehungsstraße. Aber die Öffentlichkeit zu erreichen ist sicher nicht einfach – zumal ihr auch Gegenwind von einer gegnerischen Bürgerinitiative habt…

Euer Auftrag

Ihr seid Mitglieder der **Bürgerinitiative, die sich FÜR den Bau der Umgehungsstraße einsetzt**. Eure Forderung lautet: Die Ortsumgehung muss unbedingt gebaut werden!

1) Überlegt euch einen guten und griffigen Namen für eure Bürgerinitiative!

2) Welche Argumente sprechen für eure Meinung? Welche Argumente eurer Gegner könnt ihr vielleicht entkräften? Lest dazu den obigen Text, aber überlegt euch auch eigene Argumente!

3) Diskutiert in eurer Initiative, mit welchen Aktionen (keine illegalen!) man die Öffentlichkeit erreichen und für euer Problem interessieren kann!

4) Gestaltet einen Infostand mit Plakaten und Flyern, auf denen eure Position klar wird und die ansprechend gestaltet und überzeugend sind! Präsentiert sie anschließend euren Mitschülern, zusammen mit euren Ideen für weitere Aktionen, die euch in der Öffentlichkeit bekannt machen könnten!

Torschlusspanik

(Musterhausener Anzeiger, 13. Dezember 2014)

Schließendes Geschäft

„Bei uns im Ort lässt es sich als selbstständiger Unternehmer ganz gut leben." Das sagt Wilfried Meyer, Inhaber eines Souvenirladens an der Hauptstraße. Und mit Recht, denn der Tourismus bringt viel Geld in die Ladenkassen. Mit ziemlich großem Unmut haben die örtlichen Unternehmer deshalb auf die Idee reagiert, dass die Innenstadt in Zukunft autofrei werden soll.
Sie befürchten, dass die von manchen Bürgern geforderte Umgehungsstraße das Aus für viele kleine und mittelgroße Geschäfte bedeuten würde. „Die Sondergebühren, die wir dann bezahlen müssten, damit der Lieferverkehr für die Läden trotzdem noch in die Innenstadt fahren kann, wären für viele Geschäfte der Ruin", meint Herr Meyer. Viel schlimmer sei jedoch, dass dann außerdem auch keine Autos mehr direkt an die Läden heranfahren und die Touristenbusse weit außerhalb der Innenstadt parken müssten „Wer will denn einen extra langen Fußmarsch auf sich nehmen?", fragt der Unternehmer sich. An die lange andauerenden Bauarbeiten die nötig werden würden, will er erst gar nicht denken. „Presslufthammergeräusche beim Shoppen? Vergessen Sie's".
Zusammen mit einigen Mitstreitern hat Meyer daher eine Bürgerinitiative ins Leben gerufen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Bau der Umgehungsstraße zu verhindern. Doch wie informiert man die Öffentlichkeit am besten und übt so Druck auf die Politik aus? Das ist die große Frage – zumal die Unterstützer der Umgehung ja schon ihre eigene Initiative haben…

Euer Auftrag

Ihr seid Mitglieder der **Bürgerinitiative, die sich GEGEN den Bau der Umgehungsstraße einsetzt**. Eure Forderung lautet: Die Ortsumgehung muss unbedingt gebaut werden!

1) Überlegt euch einen guten und griffigen Namen für eure Bürgerinitiative!

2) Welche Argumente sprechen für eure Meinung? Welche Argumente eurer Gegner könnt ihr vielleicht entkräften? Lest dazu den obigen Text, aber überlegt euch auch eigene Argumente!

3) Diskutiert in eurer Initiative, mit welchen Aktionen (keine illegalen!) man die Öffentlichkeit erreichen und für euer Problem interessieren kann!

4) Gestaltet einen Infostand mit Plakaten und Flyern, auf denen eure Position klar wird und die ansprechend gestaltet und überzeugend sind! Präsentiert sie anschließend euren Mitschülern, zusammen mit euren Ideen für weitere Aktionen, die euch in der Öffentlichkeit bekannt machen könnten!

Wie sieht der Haushalt einer Gemeinde aus?

Der Haushalt einer Gemeinde ist die Aufstellung aller Einnahmen und Kosten, die für die Gemeinde innerhalb eines Jahres voraussichtlich anfallen. Und die kommunalen Aufgaben kosten eine ganze Menge Geld: Personal wie Busfahrer, Kindergärtner, Hausmeister und Mitglieder der Stadtverwaltung müssen bezahlt werden. Und die Kosten für Heizung, Strom, Wasser und Telefon etc. muss auch die Gemeinde bezahlen. Also: Woher bekommt die Gemeinde eigentlich ihr Geld?

Zunächst einmal gibt es bestimmte Steuern, die die Gemeinde selbst festsetzt: Gewerbesteuer, Grundsteuer und verschiedene Steuern mit geringem Aufkommen, wie die Getränkesteuer und die Hundesteuer. Die Gemeinden dürfen sogar neue Steuern „erfinden“ und einführen. Besonders die Gewerbesteuer ist für die Gemeinden wichtig. Sie wird von Betrieben und Unternehmen, die sich in der Gemeinde angesiedelt haben gezahlt und bringt oft am meisten Geld in die Kasse.

Außerdem gibt es Gebühren und Beiträge für Dienstleistungen und Nutzung von Gemeindeeinrichtungen, zum Beispiel Eintrittsgelder für Schwimmbäder, Teilnehmerbeiträge für Volkshochschulen, Gebühren für die Ausstellung eines Personalausweises und für die standesamtliche Hochzeit.

Schließlich bekommen die Gemeinden auch Geld vom Bund (also aus Berlin) und von ihrem jeweiligen Bundesland. Ihnen steht ein Teil der Steuereinnahmen der Länder zu, die nach einem betimmten Verhältnis verteilt werden. Dabei werden die Unterschiede zwischen "reichen" und "armen" Gemeinden in einem gewissen Maß ausgeglichen Die Gemeinden können über diese zugewiesenen Mittel frei verfügen.

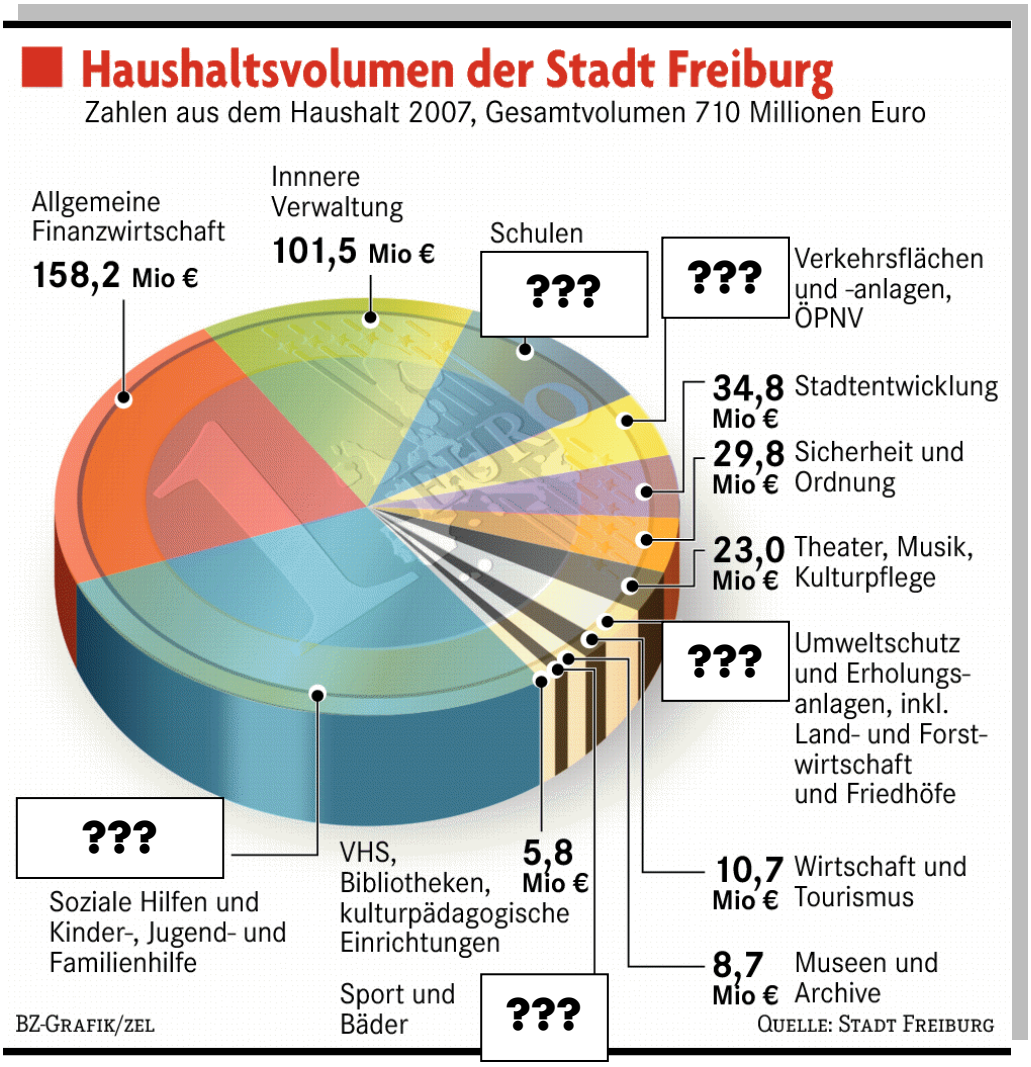
Diese Mittel reichen allerdings so gut wie keiner Gemeinden aus. Daher müssen zur Deckung der Ausgaben, Kredite aufgenommen werden, genauso wie das jeder Bürger machen müsste, der für eine Anschaffung schnell eine größere Menge Geld braucht. Geliehenes Geld aber muss natürlich später wieder zurückgezahlt werden und kostet bis dahin Zinsen, die ebenfalls im Haushalt als Kosten zu Buche schlagen. Die Abzahlung von Krediten und anfallende Zinsen nennt man übrigens „Schuldendienst.“

Quellen http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-demokratie/39377/gemeinden?p=1; leicht geändert

1. Woher kommen die Gelder der Gemeinde? Erstellt eine Übersicht mit den verschiedenen Geldquellen.

2. Im Text sind einige Kosten, die die Gemeinden bezahlen müssen schon genannt. Welche anderen Ausgaben könnten hier noch hinzukommen?

Ausgaben der Stadt Freiburg (2007)



Quelle: http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/das-grosse-umverteilen–2551642.html

1. Seht euch die obenstehende Grafik der Haushaltsausgaben Freiburgs für das Jahr 2007 an. Einige Angaben fehlen. Jetzt seid ihr dran – was meint ihr, wie viele Millionen investiert die Stadt in diese Bereiche? Schreibt eure Schätzung auf! Tipp: Es „fehlen" **ca. 338 Millionen Euro**…

a) Soziale Hilfen und Kinder-, Jugend und Familienhilfe _____

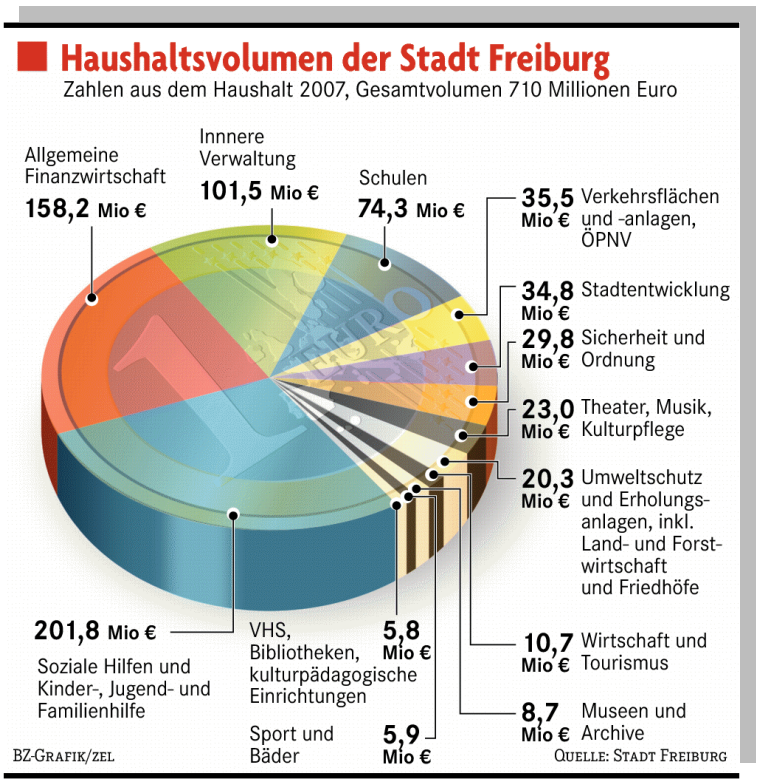
b) Schulen _____

c) Verkehrsflächen / ÖPNV _____

d) Umweltschutz _____

e) Sport und Bäder _____

Die finanzielle Situation der Gemeinden



Und hier die tatsächlichen Zahlen für den Haushalt 2007 der Stadt Freiburg…

Wie gut waren eure Schätzungen?

Gerhard Mester

Quelle: Rüdiger Robert, Paul Kevenhörster. Kommunen in Not. Ausgaben- und Finanzverantwortung in Deutschland. Münster 2004. S. 317

Seht euch die Karikatur links an und überlegt, auf welches Problem sie hinweist?

Arbeitet dann zusammen mit einem Partner und überlegt euch, mit welchen Lösungen man das Problem angehen könnte.

Diskutiert im Anschluss daran, welche Auswirkungen die verschiedenen Lösungen auf den Haushalt der Stadt haben würden!

Die aktuelle Lage der Gemeindefinanzen (Zusatz)

Jede dritte Kommune steckt in der Schuldenfalle (SPIEGEL ONLINE, 01. November 2012)

Die Finanzlage deutscher Städte und Gemeinden verschlechtert sich rapide. Laut der Beraterfirma Ernst & Young kann jede dritte Kommune ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen. Die Bürger müssen vielerorts mit höheren Gebühren rechnen.

Berlin - Es sind alarmierende Zahlen: Laut einer Umfrage rechnet fast jede zweite Kommune in den kommenden Jahren mit steigenden Schulden. Nur 38 Prozent erwarten laut der Beratungsgesellschaft Ernst & Young, dass die Verschuldung abnimmt. Das Unternehmen hat bundesweit 300 Städte und Gemeinden nach ihrer Finanzlage befragt.

Ein zentrales Ergebnis: In diesem Jahr beschert der Wirtschaftsaufschwung den Kommunen noch steigende Einnahmen - im Durchschnitt rechnen sie mit einem Plus von 2,2 Prozent. Doch bereits für 2013 prognostizieren die Kämmerer wieder einen Rückgang um 0,9 Prozent. Zudem steigen die Kosten ungebremst weiter, vor allem die Sozialausgaben. Das Fazit der Berater: Die konjunkturelle Entwicklung habe die Probleme der Gemeinden nur temporär gelindert, sie aber nicht dauerhaft gelöst.

Besonders nachdenklich muss das Eingeständnis vieler Kommunen stimmen, man rechne nicht mehr damit, die in den vergangenen Jahren aufgetürmten Schulden noch zurückzahlen zu können: Jeder dritte Kämmerer gibt an, die eigene Kommune werde ihre Schulden voraussichtlich nicht aus eigener Kraft tilgen können.

"Es sind vor allem die Sozialausgaben, die die Kommunen immer stärker belasten - ohne dass sie die Möglichkeit hätten gegenzusteuern", sagt Hans-Peter Busson, Leiter des Bereichs Government & Public Sector für Deutschland, die Schweiz und Österreich bei Ernst & Young. Zu den Sozialausgaben zählen beispielsweise die Unterkunftskosten für Bezieher von Arbeitslosengeld II, die Ausgaben für die Jugendhilfe und die Grundsicherung im Alter sowie Kosten der Eingliederungshilfe. Spielraum für Kürzungen besteht hier nicht, da diese Ausgaben überwiegend bundesgesetzlich geregelt sind.

Viele Bürger dürften die Finanzprobleme ihrer Kommune ganz direkt zu spüren bekommen. Die Städte und Gemeinden setzen nämlich zum einen auf Sparmaßnahmen. Zugleich erhöhen sie in großem Umfang Steuern und Gebühren: 81 Prozent der Kommunen wollen laut Ernst & Young 2012/2013 Steuern und Gebühren anheben. 41 Prozent planen zugleich, Leistungen zu reduzieren oder abzuschaffen, etwa im Bereich Straßenbeleuchtung oder bei der Kinder- und Seniorenbetreuung.

Quelle: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ernst-young-jede-dritte-kommune-steckt-in-der-schuldenfalle-a-864709.html (01.11.2012)

1) Woran liegt es, dass die Schulden der Gemeinden insgesamt, trotz zwischenzeitlicher Erholung, ansteigen?

2) Wie wird diese Situation konkret die Bürger und Bürgerinnen betreffen?

Projektmöglichkeit A (Beteiligung)

Heute mal anders...

Immer wieder hört man, ob von Politikern, Journalisten oder anderen, Jugendliche interessierten sich nicht für Politik. Viele Ideen und Grundsätze werden dann diskutiert, wie man daran etwas ändern kann und wie es für Jugendliche einfacher und interessanter gemacht werden könnte, sich politisch zu beteiligen. Sicher eine wichtige Frage – aber ihr sollt sie heute mal „verkehrtherum" angehen…

Anstatt euch zu fragen, wie man Jugendlichen (Gemeinde-)Politik näherbringen kann, sollt ihr euch „auf den Kopf stellen" und euch fragen: Was wäre nötig, um Jugendlichen (noch) weniger Lust und Laune auf Politik und die Beteiligung daran zu machen?!

Schritt 1:	Bildet Gruppen von ca. 4-6 Mitgliedern. Jeder überlegt zunächst einmal für sich, was ihn oder sie (noch) weniger interessiert an Politik und Beteiligung machen würde. Macht euch Notizen!
Schritt 2:	Tauscht eure Ergebnisse in der Gruppe aus und erstellt eine Top-5-Liste mit Maßnahmen, die ihr für besonders durchschlagend haltet und auf die ihr euch geeinigt habt.
Schritt 3:	Stellt eure Ergebnisse den anderen in der Klasse vor und hört euch deren Vorschläge an. Stimmt anschließend in der ganzen Klasse ab und wählt die fünf „besten" Maßnahmen aus.
Schritt 4:	Jetzt stellt euch wieder „auf die Füße" und betrachtet eure Liste. Was sollte man tun, um das Gegenteil von dem zu erreichen, was eure fünf „besten" Maßnahmen schaffen? Kehrt zurück in eure vorherigen Gruppen und gestaltet ein Plakat / eine Wandzeitung o.ä., worauf ihr euer Programm vorstellt, mit dem sich mehr Jugendliche für Politik und Beteiligung begeistern lassen!

Projektmöglichkeit B (Haushalt)

Darum geht es...

In der Gemeinde Althof gibt es eigentlich Grund zum Feiern. Die Stadtkasse ist – im Vergleich mit vielen anderen deutschen Gemeinden – recht gut gefüllt. Man schwimmt zwar nun nicht gerade im Geld, aber für das kommende Haushaltsjahr stehen **40.000 EUR** an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Sie sollen ausschließlich für jugendfördernde Maßnahmen ausgegeben werden. Allerdings ist man sich nicht einig wofür genau. Fünf verschiedene Projektvorschläge konkurrieren miteinander.

Findet euch in fünf Gruppen zusammen. Jede Gruppe nimmt sich ein Projekt vor und versucht, die besten Argumente zu finden, warum gerade dieses Projekt umgesetzt werden sollte. Überlegt euch auch, was mögliche Gegenargumente gegen euch sein könnten.

Stellt anschließend den anderen euer Projekt kurz vor und begründet, warum es gefördert werden sollte. Im Anschluss an alle Vorstellungen, wird von allen diskutiert, wie das Geld zu verteilen ist und welche Kompromissmöglichkeiten es gibt.

1) Jugendtaxi (20.000 EUR)

Zusammen mit den Taxibetrieben soll es Jugendlichen ermöglicht werden, auch nach 0.00 Uhr sicher und schnell nach Hause zu kommen, wenn Bus und Bahn nicht mehr fahren. Zu einem machbaren Preis versteht sich – aber dafür braucht es Zuschüsse aus dem Haushalt!

2) Graffitiwände (8.000 EUR)

Für die Bereitstellung von 10 freien Wänden in der Stadt, an denen legal gesprayt werden darf, benötigt das Bauamt einen Zuschuss, um die Flächen vorbereiten zu können.

3) Jugendclub (30.000 EUR)

Althofs alter Jugendclub braucht dringend Zuschüsse, die zur Renovierung benutzt werden können. Ansonsten müsste der Club, in dem Partys und viele andere Veranstaltungen stattfinden, geschlossen werden.

4) Zuschüsse für sozial benachteiligte Jugendliche (15.000 EUR)

Die Vereine und Jugendgruppen, die Veranstaltungen für Jugendliche aus sozial schwächeren Familien veranstalten (z.B. Freizeiten, Kurse etc.) brauchen Zuschüsse, um weitermachen zu können.

5) Projekt „Datenschutz für Jugendliche“ (10.000 EUR)

Für ein Projekt, das Jugendlichen an Schulen und anderswo beim sinnvollen Umgang mit ihren privaten Daten unterstützt, werden Zuschüsse benötigt.

Projektmöglichkeit C (Zukunft)

Fragen über Fragen...

Entwerft einen Fragebogen für den Einsatz an eurer Schule, in dem ihr eure Mitschüler dazu befragen sollt, wofür in Zukunft MEHR und wofür WENIGER GELD in eurer Gemeinde ausgegeben werden soll.

Erste Schritte

Schritt 1 Überlegt euch zunächst, wie viele Jahre in die Zukunft ihr blicken wollt.

Schritt 2 Entscheidet dann, welche Ziele eure Gemeinde innerhalb diesesZeitraums erreichen soll.

Schritt 3 Beratet dann, wofür ihr Geld ausgeben müsst und an welcher Stelle ihr einsparen müsst! Notiert die Punkte.

Schritt 4 Formuliert die Punkte so, dass man sie auf einen Fragebogen bringen kann. Welche Antwortmöglichkeiten soll es geben?

Schritt 5 Verteilt euren Fragebogen an der Schule und sammelt ihn wieder ein, bzw. lasst ihn euch zu einem festen Termin zurückgeben.

Schritt 6 Wertet die Ergebnisse aus, so dass ihr Aussagen darüber treffen könnt, wieviele Teilnehmer sich wofür entschieden haben.

Schritt 7 Präsentiert eurer Schule / eurer Klasse das Ergebnis und diskutiert dieses.

Auszug aus der Gemeindeordnung Baden-Württemberg

§ 41 a

Beteiligung von Jugendlichen

(1) Die Gemeinde kann Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Sie kann einen Jugendgemeinderat oder eine andere Jugendvertretung einrichten. Die Mitglieder der Jugendvertretung sind ehrenamtlich tätig.

(2) Durch die Geschäftsordnung kann die Beteiligung von Mitgliedern der Jugendvertretung an den Sitzungen des Gemeinderats in Jugendangelegenheiten geregelt werden; insbesondere können ein Vorschlagsrecht und ein Anhörungsrecht vorgesehen werden.

Begriffe aus der Gemeinde

Bürger / Bürgerin

Bürger der Gemeinde ist, wer Deutscher im Sinne von Art. 116 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzt, das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnt. Bürger sind bei Gemeinderatswahlen wahlberechtigt, Einwohner nicht.

Bürgerbegehren

Das Bürgerbegehren ist die stärkste Form der Beteiligung. Danach kann ein bestimmtes Quorum der Bürger einer Gemeinde selbst initiativ werden, um eine Entscheidung durch einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Zur Entscheidung gestellt werden darf nur eine wichtige Gemeindeangelegenheit wie z.B. die Errichtung oder Aufhebung einer öffentlichen Einrichtung.

Bürgerentscheid

Ein Bürgerentscheid folgt entweder auf ein erfolgreiches Bürgerbegehren, oder es kann vom Gemeinderat selbst mit einer Zweidrittelmehrheit initiiert werden. Die Frage, die bei einem Bürgerentscheid gestellt wird, wird so entschieden, wie sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde. Diese Mehrheit muss gleichzeitig mindestens 30 Prozent der Stimmberechtigten entsprechen.

Bürgerinitiative

Eine Bürgerinitiative ist ein Zusammenschluss von Bürgern, die sich zumeist für eine, ganz bestimmte Angelegenheit engagieren. Sie wollen für ein bestimmtes Problem Aufmerksamkeit von der Öffentlichkeit und – von der Politik – eine Lösung dafür erreichen. Bürgerinitiativen bestehen meist nicht über das Bestehen der Angelegenheit, deretwegen sie sich gebildet haben, hinaus.

Bürgermeister/in

Der/die BM hat die stärkste Position in der Gemeinde. Er/sie wird direkt vom Volk für eine Amtszeit von acht Jahren gewählt. Im Amt sind drei wichtige Funktionen vereinigt:

Der/die BM ist stimmberechtigte/r Vorsitzende/r des Gemeinderates nebst aller seiner Ausschüsse

- er/sie ist Leiter/in der Gemeindeverwaltung
- er/sie vertritt die Gemeinde nach außen.

Als einziges Mitglied des Gemeinderats ist der Bürgermeister in allen drei Phasen des kommunalen Geschehens entscheidend mit dabei:

- in der Phase der Entscheidungsvorbereitung,
- in der Phase der Vorbereitung und rechtsgültigen Entscheidung im Gemeinderat
- in der Phase der Entscheidungsausführung.

Außerdem hat der Bürgermeister das Recht "in dringenden Angelegenheiten..., deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Gemeinderatssitzung aufgeschoben werden kann" (§ 43,4 GemO), "an Stelle des Gemeinderats zu entscheiden". Üblicherweise legt der Gemeinderat eine gewisse Summe fest, bis zu der der Bürgermeister über eine Maßnahme entscheiden kann.

Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg ist ein Landesgesetz, das Wesen und Aufgaben der Gemeinden definiert und deren Verfassung und Verwaltung regelt. Sie enthält Festlegungen zur Rechtsstellung der Bürger sowie zur Stellung und den Aufgaben des Gemeinderates und des Bürgermeisters. Außerdem werden die Belange der Gemeindewirtschaft und der Aufsicht geregelt.

Gemeinderat

Der Gemeinderat ist das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest, fasst wichtige Beschlüsse, kontrolliert den Haushalt und überwacht die Verwaltung. Seine Mitglieder, die Gemeinderäte, werden vom Volk auf fünf Jahre gewählt. Die Anzahl der Gemeinderäte ist von der Einwohnerzahl abhängig (8 bis 60). In Städten führen die Gemeinderäte die Bezeichnung Stadträte. Die Gemeinde- bzw. Stadträte üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung.
Der Gemeinderat ist rechtlich kein Parlament, sondern ein Verwaltungsorgan, das die Verwaltung – auch mit Einzelfallentscheidungen – anleitet.
Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters beraten und entscheiden die Gemeinderäte die Belange der Gemeinde.
Die wichtigsten Rechte des Gemeinderats sind:

- das Satzungsrecht (das »Gesetzgebungsrecht« der Gemeinde)
- das Etatrecht
- die Planungshoheit
- die Personalhoheit (die Einstellung von Gemeindebediensteten).

Die Amtszeit der Gemeinderäte beträgt fünf Jahre. Sie werden wie die Kreisräte, Landtags- und Bundestagsabgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl

durch die Bürger gewählt. Die Zahl der Gemeinderäte richtet sich nach der Einwohnerzahl der Gemeinde.

Gemeindereform

Die Kreis- und Gemeindereform trat in den Jahren 1973 bzw.1974 in Kraft. Damals wurde die Zahl der selbstständigen Gemeinden und Kreise drastisch reduziert. Seither gibt es in Baden-Württemberg noch 1110 Gemeinden, 9 Stadtkreise und 35 Landkreise.

Kommunale Selbstverwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung ist im Grundgesetz festgelegt (Artikel 28). Die Eigenverantwortung bezieht sich auf alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, ausdrücklich auch auf die finanzielle Selbstverwaltung.

Kommunalwahl

Kommunalwahlen sind alle fünf Jahre. Gewählt werden die Gemeinde- und Ortschaftsräte sowie die Kreistage. Alle Parteien und Vereinigungen, die sich zur Wahl stellen, fertigen Wahlvorschläge (Listen) an. Ein Wahlvorschlag darf nur so viele Kandidaten enthalten, wie Gemeinderäte zu bestellen sind. Das wiederum hängt von der Einwohnerzahl ab. Der Wähler besitzt so viele Stimmen, wie Gemeinderäte zu wählen sind. Er kann einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (kumulieren) und darüber hinaus Bewerber von anderen Stimmzetteln übernehmen (panaschieren).

Landkreis

Ein Landkreis ist der Zusammenschluss mehrerer Gemeinden, dem wie den Gemeinden das Recht auf Selbstverwaltung zusteht. Nach der Landkreisordnung übernimmt der Kreis Pflichtaufgaben (Bau/Unterhalt von Kreisstraßen, Abfallbeseitigung), freiwillige Aufgaben (Betrieb eines Krankenhauses) und Pflichtaufgaben nach Weisung, z.B. Durchführung des Bundessozialhilfegesetzes. Die politische Gewalt im Landkreis liegt beim Kreistag, dessen Mitglieder, die Kreisräte, von den Bürgern des Landkreises auf fünf Jahre gewählt werden. Vorsitzender des Kreistages und Leiter der Verwaltung ist der Landrat. Er wird vom Kreistag auf acht Jahre gewählt. Die Kreisverwaltung (Landratsamt) übernimmt Aufgaben der gemeindlichen Selbstverwaltung, zugleich ist sie untere Verwaltungsbehörde und damit Staatsbehörde.

Lokale Agenda 21

Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, das 1992 in Rio de Janeiro auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung verabschiedet wurde. Ziel ist eine nachhaltige, d.h. Ressourcen schonende Entwicklung. Sein Erfolg hängt stark davon ab, wie es gelingt, das Prinzip der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene umzusetzen. In Baden-Württemberg haben bislang 360 Gemeinden und Landkreise eine lokale Agenda erarbeitet. Zum Gelingen bedarf

es einer erfolgreichen Kooperation zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerinnen und Bürgern.

Verein

Vereine können auf der Ebene der Gemeinde ebenfalls wichtige Einflüsse ausüben. Sie befassen sich mit den verschiedensten Zwecken (Kulturförderung, Freizeitgestaltung etc.) und sind in der Regel dauerhafter Natur, im Gegensatz etwa zu Bürgerinitiativen.

Verwaltung

Die Gemeindeverwaltung gewährleistet, dass die Aufgaben, die die Gemeinde zu erfüllen hat, ausgeführt werden. Sie ist für die Umsetzung der vom Gemeinderat gefällten Beschlüsse verantwortlich. Für die meisten Bürger werden die Entscheidungen des Gemeinderates erst sichtbar, wenn sie durch die Verwaltung verwirklicht wurden.

Quelle: http://www.kommunalwahl-bw.de/so_funktioniert_die_gemeinde.html (18.12.2012; abgeändert)

Stichwortartige Lösungen

M 5 Was hat die Gemeinde mit mir zu tun?

- Duschen & Toaster (Strom- und Wasserversorgung)
- Mülltonnen rausstellen (Müllabfuhr)
- Busfahrt (Nahverkehr)
- Straßenbau
- Äußere Schulangelegenheiten (Fußballplatz, Schulgebäude)
- Stadtpark / Schwimmbad
- Personalausweis abholen

M 7 Gemeinderat

- Vertritt die Bürger der Gemeinde; Haushaltsvorschlag; Kontrolle von Bürgermeister und Verwaltung; Ansprechmöglichkeit für Bürger

M 9 Bürgermeister

- Vertreter der Gemeinde nach außen; Chef der Verwaltung

M 11 Verwaltung

Dezernat I (OB Dieter Salomon): Hauptamt, Personal, Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat II (BMin Stuchlik): Schule, Jugend, Umwelt
Dezernat III (BM Ulrich von Kirchbach): Kultur, Bibliothek, Soziales, Integration)
Dezernat IV: (BM Otto Neideck): Finanzen
Dezernat V (BM Martin Haag); Stadtentwicklung, Bau, Verkehrsplanung

M 17 Haushalt

- Geldquellen der Gemeinde: Steuern (vor allem Gewerbesteuer), Abgaben (z.B: Gebühren), Zuweisungen von Land und Bund
- Ausgaben: Straßen, Schulen, Umwelt, Parks, Theater etc. (Schülerantworten)

Quellenverzeichnis

Druckwerke

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). Politik und Unterricht aktuell. „Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Materialien zur Wahl am 7. Juni 2009." Stuttgart 2009.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.). mach's klar. „Bürgerbeteiligung" 3/2011.

Rüdiger Robert, Paul Kevenhörster. Kommunen in Not. Ausgaben- und Finanzverantwortung in Deutschland. Münster 2004.

Wochenschau: Politik und Wirtschaft unterrichten. „Demokratie und politische Beteiligung" 62,4 (2011).

Wochenschau: Politik und Wirtschaft unterrichten. „Demokratie in der Gemeinde" 63,4 (2012).

Internet

http://ais.badische-zeitung.de/piece/02/32/a6/a9/36873897-p-590_450.jpg

http://ais.badische-zeitung.de/piece/01/8a/7f/62/25853794.jpg

http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/das-grosse-umverteilen–2551642.html

http://www.kommunalwahl-bw.de/so_funktioniert_die_gemeinde.html

http://kreisanzeiger-online.de/files/2012/05/ka043023-590x357.jpg

http://www.picture-alliance.de

http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/ernst-young-jede-dritte-kommune-steckt-in-der-schuldenfalle-a-864709.html

http://www.freiburg.de/feuerwehr/images/startseite01.jpg

http://ais.badische-zeitung.de/piece/00/f1/44/35/15811637-p-590_450.jpg

http://larsjensen.kilu.de/bilderdso/RIMG1070.JPG

http://www.hr-rose.de/fotos_deutschland/freiburg_wasserschloessle_IMG_8310.jpg